

# v@rum

Verlagspostamt 6900 Bregenz  
Erscheinungsort Bregenz, P.b.b.  
Nr. 022031538

Forum für Gemeindeentwicklung in Vorarlberg Nr. 1/2005  
9. Jahrgang

## Integration als kommunale Aufgabe





Foto: Stadt Feldkirch

Die Raumplanungspolitik des Landes Vorarlberg hat sich das Ziel gesetzt, die Entwicklung von Einkaufszentren wieder in die Ortszentren zu leiten und so die gewachsenen Strukturen zu stärken.

## Land setzt auf Ortskern-Stärkung

Die Vorarlberger Landesregierung verfolgt seit mehreren Jahren bei EKZ-Genehmigungen konsequent den Weg zur Stärkung der Ortszentren. 2004 wurde beim Institut für Rechtswissenschaften an der TU-Wien eine Untersuchung mit dem Titel „Vergleich und Evaluierung der raumordnungsrechtlichen Regelungen für Einkaufszentren in Vorarlberg“ eingeholt, um die Auswirkungen der Vorarlberger EKZ-Politik aufzuzeigen und einen Vergleich mit anderen Bundesländern anzustellen. Das Ergebnis zeigt eine Trendumkehr und bestätigt den eingeschlagenen Weg, der im Wesentlichen folgendes umfasst:

- Restriktive Genehmigungspraxis von neuen Einkaufszentren mit sensiblen Warensortimenten an den Ortsrändern
- Positivplanung durch die Einrichtung von Eignungszonen für Einkaufszentren in den neun größten Gemeinden des Landes mit erleichterten Regelungen für den Handel. Damit sei Vorarlberg, so der Studienautor Dr. Arthur Kanonier, das einzige Bundesland, welches erleichterte EKZ-Regelungen verbindlich durch einen Landesraumplan festlegt.
- Im Vergleich mit den Bundesländern Salzburg und Oberösterreich keine überdurchschnittlichen EKZ-Genehmigungen in Relation zur Landesgröße.
- Standortentscheidungen sind überwiegend in Gemeinden erfolgt, die wichtige Versorgungsfunktionen aufweisen. Dadurch wurden bestehende Zentren- und Gemeindestrukturen tendenziell gestärkt.

Die Untersuchung belegt weiters, dass die Vorarlberger Regelungen zwar mit den Regelungen der übrigen Bodenseeränderländer korrespondieren, sich von den Regelungen der anderen Bundesländer aber nicht unwesentlich abheben. Problematisch ist die in letzter Zeit zu beobachtende Tendenz, dass Dienstleister die nicht im Handel tätig sind, aus den Zentren an die Peripherie drängen. Hier bietet das Raumplanungsgesetz noch keine Möglichkeit der Gegensteuerung.

Dr. Franz Hämmerle, Abteilung für Raumplanung und Baurecht, Amt der Vorarlberger Landesregierung

Im Vorarlberger Rheintal sind 58 Prozent der gewidmeten Bauflächen als solche genutzt, die Bauflächenreserven betragen noch 42 Prozent. Dies hat die jüngste Erhebung durch eine Überlagerung der Flächenwidmungspläne mit den Luftbildern ergeben.

Die Bauflächen unterteilen sich in die Kategorien Wohn-, Misch-, Kern- und Betriebsgebiete, jeweils mit der Variante von Bauerwartungsflächen, einer widmungsrechtlichen Vorstufe der Bauflächen. Von den erfassten Bauflächen wurden in der vorliegenden Erhebung 44,2 km<sup>2</sup> (58 Prozent) als belegt, d.h. als Bauflächen auch tatsächlich genutzt und 31,8 km<sup>2</sup> (42 Prozent) als unbelegt oder als Bauflächenreserven quantifiziert. Potentiale zur Nachverdichtung der als Bauflächen genutzten Bereiche konnten im Rahmen der vorliegenden Erhebung nicht berücksichtigt werden, ebenso auch nicht schlecht oder nicht genutzte Gebäude. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass diese Potentiale noch zu weit höheren „Reserven“ führen würden.

5.348 EinwohnerInnen pro km<sup>2</sup> genutzter Baufläche

In den 26 untersuchten Gemeinden des Rheintals leben laut Volkszählung 2001 insgesamt 235.649 EinwohnerInnen, das sind 539 pro km<sup>2</sup> Gesamtfläche, bezogen auf die tatsächlich als Bauflächen genutzten Bereiche beträgt die Bevölkerungsdichte 5.348 EinwohnerInnen/km<sup>2</sup>.

Diese Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass der haushalterische Umgang mit Grund und Boden nach wie vor zu einem der klassischen Hauptanliegen der Raumplanung zählen muss. Eine maßvoll verdichtete und nach innen orientierte Siedlungsentwicklung ist ein Gebot der Stunde, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der hohen Kosten zur Schaffung und Erhaltung der Infrastruktur. Es gibt keinen sachlichen Grund, der eine Ausweitung der Siedlungsgebiete im Rheintal, insbesondere in Randlagen, rechtfertigen würde.

## 42 Prozent Bauflächenreserven im Rheintal

Für das Rheintal ist die Verordnung über die „Festlegung von überörtlichen Freiflächen in der Talsohle des Rheintals“, die so genannte *Landesgrünzone*, von wesentlicher Bedeutung. Die Verordnung umfasst im Rheintal ein Gebiet von 112 km<sup>2</sup> und wurde als Reaktion auf die ausufernde Siedlungstätigkeit in den 60er- und 70er-Jahren erlassen. Die Landesgrünzone untersagt den Gemeinden eine Ausweitung von Bauflächen und gilt seit dem Jahre 1977 nach wie vor als wirksamer Schutz zusammenhängender überörtlicher Freiflächen. Die konsequente Weiterführung der bisherigen Raumordnungspolitik zum Erhalt der Landesgrünzone, die Ausnahmen nur äußerst selten und nur in besonders begründeten Fällen vorsieht, ist ratsam. Künftig sollten Ausnahmen noch stärker an entsprechende Kompensationsflächen gebunden sein.

Um die raumordnerische Entwicklung in gewünschten Bahnen zu halten und damit dem Problem der Zersiedelung entgegenzuwirken, ist das bloße Vorhandensein von Bauflächenreserven zu wenig. Die mangelnde Verfügbarkeit von Baugrundstücken an geeigneten Standorten ist ein raumordnerisches Problem – das Angebot des Bodenmarktes stimmt oft nicht mit den Zielen der Raumplanung überein. Durch hohe Bodenpreise werden unerwünschte Entwicklungen oft noch verstärkt. Als ein Lösungsansatz hierfür gilt die Verstärkung der *aktiven Bodenpolitik* der öffentlichen Hand. Beispiele einzelner Gemeinden im Rheintal zeigen, dass durch eine aktive Bodenpolitik der raumordnerische



Bauflächenreserven im Rheintal

Gestaltungsspielraum wesentlich erhöht und die raumplanerische Entwicklung gezielt gelenkt werden kann.

Ein weiteres Instrument um der Immobilität des Bodenmarktes entgegenzuwirken und eine flächensparende Siedlungsentwicklung zu fördern, ist das *Bauen im Baurecht*. Das Baurecht bietet den GrundeigentümerInnen die Möglichkeit, ein Grundstück für eine begrenzte Zeit einer Verwertung zuzuführen, ohne es veräußern zu müssen. Dieses Instrument findet in den letzten Jahren zwar verstärkt Anwendung, könnte aber noch weiter forciert werden.

Angesichts der festgestellten Bauflächenreserven von 42 Prozent wäre es theoretisch möglich, ohne übermäßige Siedlungsverdichtung in den ausgewiesenen Bereichen annähernd die doppelte Bevölkerung unterzubringen. Das mögliche Entwicklungspotenzial, das die Bauflächenreserven im Rheintal beinhalten, erscheint enorm. Offen bleibt die Frage, ob es tatsächlich wünschenswert ist, sämtliche als Bauflächen gewidmeten Bereiche auch tatsächlich zu konsumieren.

Es ist geplant, die Erhebung schrittweise für alle Gemeinden des Landes durchzuführen. Die vorliegenden Ergebnisse für das Rheintal werden voraussichtlich ab April 2005 im Internet unter [www.vorarlberg.at/raumplanung](http://www.vorarlberg.at/raumplanung) abrufbar sein.

DI Manfred Kopf, Abteilung für Raumplanung und Baurecht, Amt der Vorarlberger Landesregierung

## Ziel und Weg zugleich

Integration ist Ziel und Weg zugleich und es ist uneingeschränkt anzuerkennen, wenn sich Politik mit diesem Thema konkret beschäftigt. Wenn dies – wie in Dornbirn geschehen – in Form eines Leitbildprozesses unter Einbindung vieler Beteiligten passiert, wenn daraus ein Ergebnis resultiert, das auch politische Relevanz bekommt und wenn daraus wiederum Maßnahmen und Umsetzungen folgen, so ist – auch bei kritischer Betrachtung – ein Kompliment angebracht, an die InitiatorInnen, an die (politisch) Verantwortlichen, an die Beteiligten und an die Dornbirner BürgerInnen.

Und es wäre zu wünschen, dass andere Städte und Gemeinden diese Initiative nachahmen, ähnliche Prozesse in Gang bringen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärken. Vielleicht wäre die Zeit nach den kommenden Gemeinderatwahlen ein guter Zeitpunkt dafür. Zum Beispiel um ein Projekt zu starten, einen Budgetposten „Integration“ einzurichten, die Dornbirner Erfahrungen genauer anzuschauen usw.

Trotzdem – unvollständig und nur angedeutet – ein paar weiterführende Themen und Gedanken zu Integration:

**Gegenseitigkeit:** Integration muss ein gegenseitiger Prozess sein. Wenn man die konkreten Projekte betrachtet, bleibt – obwohl immer „beide Seiten“ beachtet werden – der Eindruck, dass hier vor allem die MigrantInnen gemeint sind, denen Integrationshilfen angeboten werden. Das ist natürlich gut so. Aber wo sind weitere kreative Ideen, die uns, die DornbirnerInnen, die VorarlbergerInnen unterstützen, anregen und uns helfen, Integration zu bewältigen?

**Sichtbarkeit:** Es ist sicher richtig – wie im Leitbild geschehen – vor allem auf strukturelle Barrieren und Benachteiligung zu achten, Integration als Querschnittsmaterie zu definieren, sie präventiv anzudeuten und einen positiven Umgang mit Vielfalt anzuregen. Die Probe dafür ist allerdings konkret, weil sichtbar: etwa die Herausforderung durch die religiöse Heterogenität. 9 Prozent Muslime in Vorarlberg brauchen Moscheen, Friedhöfe, angepasste Infrastruktur in Krankenhäusern, in der Altenpflege uvm. Erst wenn Verschiedenheit auch sichtbar werden kann und darf, lebt Integration.

**Positionierung:** Wenn man zum Beispiel „Dornbirn online“ anklickt, kommt man über die Rubrik „Politik und Verwaltung“ zu den politischen Ressorts. Dort findet man den Bereich „Jugend, Familie und Senioren“ und als Unterkapitel davon den Bereich Integration. Integration als gesamtgesellschaftliche und gesamtstädtische Querschnittsaufgabe gehört anders platziert, in der Themenstruktur aufgewertet und überall direkt zugänglich gemacht.

**Prozesshaftigkeit:** Integration ist ein Prozess, der nie zu Ende ist. Die Einrichtung einer eigenen Struktur (in diesem Fall die Fachstelle für Integration) kann diesen Prozess sichern, vorantreiben und immer wieder initiieren. Damit sie das kraftvoll und kreativ kann, ist darauf zu achten, welche Distanz zur Administration und Verwaltung notwendig ist, wie möglichst viel Handlungsfreiheit für ihre Arbeit gesichert werden kann, wie Betroffene aktiv eingebunden werden können und wie sie unkonventionell, lästig, anregend und veränderungswirksam werden bzw. bleiben kann und darf.

Integration erfordert Veränderung. Sie beinhaltet Chancen, neue Perspektiven, Öffnung usw. Aber sie wird auch weh tun. Allen, die sich in den Dienst dieser (zutiefst menschlichen) Zielsetzung stellen, wünsche ich viel Kraft und Mut.

Dr. Stefan Allgauer, Geschäftsführer des Institut für Sozialdienste

Lesen Sie mehr zum Thema Integration auf den Seiten 4 und 5.



Dr. Stefan Allgauer



Eingliederung von MigrantInnen auf Gemeindeebene – Chance und Herausforderung

# Integration als kommunale Aufgabe



Seit den 60er-Jahren sind viele Menschen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien nach Vorarlberg als ArbeitsmigrantInnen zugewandert. Entgegen den ursprünglichen Absichten ist die Mehrheit hier geblieben und hat mit ihren Nachkommen in unseren Städten und Gemeinden ihre Heimat gefunden. Während vor allem gesetzliche Rahmenbedingungen für Aufenthalt, Arbeit und Nachzug definiert wurden, sind die politischen Konzepte rar geblieben.

Um Orientierungsleitlinien für die zukünftige Integrationspolitik der Stadt Dornbirn zu erhalten, wurde 2001–2002 in Zusammenarbeit mit Dr. Ehret von der Uni Basel und das Büro für angewandte Sozialforschung und Entwicklung – ein Leitbild erstellt. In die Erstellung des Leitbildes waren viele Rathausbedienstete, Fachleute von außen, MigrantvertreterInnen und verschiedene Institutionen sowie VertreterInnen aller Parteien eingebunden. Das Institut für Türkeistudien in Essen lieferte mit einer Umfrage in Dornbirn wichtige Daten zur Lebenssituation von MigrantInnen. In vier Themen zentrierten Arbeitsgruppen (Bildung, Arbeit, Stadtplanung und Wohnen sowie Öffentlichkeitsarbeit) wurden in einem einjährigen Prozess Ziele definiert und ein Maßnahmenplan erarbeitet. Eine der wichtigsten Forderungen war jedoch die Implementierung

einer Fachstelle für Integration im Dornbirner Rathaus.

Anfangsschwierigkeiten  
Kaum ein politisches Thema ist derart emotional besetzt wie das „Ausländerthema“. Argumentation aus dem Bauch heraus von allen politischen Seiten und die Angst vor Dauerkonflikten wirken anfangs lähmend. Ohne die Auseinandersetzung zu scheuen braucht es jedoch dringend eine Versachlichung des Themas, welche ohne entsprechendes Wissen nicht möglich ist. Dazu wird in den meisten Gemeinden Hilfe von außen notwendig sein.

Strukturelle Fragen  
In den Gemeinden ist der Integrationsbereich unterschiedlich angesiedelt. In manchen Gemeinden ist er als solcher nicht ausgewiesen, in vielen Gemeinden dem Sozialbereich zugeordnet. Um nicht nur „Folgeschäden“ zu reparieren braucht es ein auf die Gemeinde zugeschnittenes Konzept, personelle Zuständigkeiten und politische Verantwortlichkeiten müssen daher dringend geklärt werden. Ebenso müssen die budgetären Mittel als solche ausgewiesen sein.

Gute Argumente für Integrationsmaßnahmen  
In Anbetracht der kritischen finanziellen Situation der Gemeinden befürchten PolitikerInnen Widerstand gegen neue Maßnahmen und deren Kosten. Dabei sind die öffentliche Hand und damit die Gemeinden gerade durch die Folgen der Nicht-Integration stark belastet. Die geringe schulische Qualifikation der migrantischen, vor allem türkischstämmigen Bevölkerung ist ein Hochrisikofaktor für (Jugend)Arbeitslosigkeit, soziale Auffälligkeiten von Heranwachsenden und für gesundheitliche Probleme. Neben der finanziellen Belastung für die Kommunen wird durch Armut auch das soziale Klima beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen.

Politische Verbindlichkeiten schaffen  
In die Erstellung des Leitbildes waren in Dornbirn VertreterInnen aller politischen Parteien eingebunden, das Leitbild wurde einstimmig beschlossen. Alle geplanten Maßnahmen werden im Integrationsausschuss auf einem hohen Niveau diskutiert und meist einstimmig dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt. Die politische Auslagerung des Integrations-themas, wie sie zum Beispiel derzeit durch die Erstellung eines Leitbildes für das Bundesland Salzburg ohne Mitwirkung der Politik geschieht, stößt zu Recht auf harte Kritik. Denn nur die Einbindung der Politik und aller Parteien in die Entwicklung von Leitlinien und Maßnahmen ermöglicht auch ein einigermaßen friktionsfreies Umsetzen der Ideen.

Probleme und Chancen kommunaler Integrationspolitik  
Viele Rahmenbedingungen sind gesetzlicher Natur und daher von Seiten der Stadt nur sehr bedingt beeinflussbar. Obwohl Integrationsmaßnahmen als „neue“ kommunale Aufgabe die Ausgabenseite der Stadt belasten, sind von Seiten des Bundes kaum Mittel dafür zu erwarten.

Die finanzielle Unterstützung des Landes sowie die Möglichkeit zur Zusammenarbeit in inhaltlichen Fragen haben sich inzwischen stark verbessert. Wesentlich dazu beigetragen hat die Stelle *okay. zusammen leben*.

Die Chancen für die Gemeinden gute und effiziente Integrationsarbeit zu leisten sind groß. Gemeinden verfügen über kompetente MitarbeiterInnen in den verschiedensten Abteilungen, haben enge Kontakte zu Schulen und Kindergärten, ansässigen Institutionen und Vereinen sowie die notwendige Nähe zu ihren BürgerInnen.

Besonders wichtig würde mir eine engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden in Vorarlberg erscheinen, um Erfahrungen und Wissen auszutauschen.

*Dr. Sprickler-Falschlunger Gabi, Stadträtin für Integration und Schulen, Dornbirn*

## Spracherwerb im Kindergartenalter

„Zum Schuleintritt ist ein altersgemäßes Sprachverständnis gegeben, damit Schülerinnen und Schüler dem Unterricht gut folgen können“ – das ist die Zielformulierung aus dem Dornbirner Integrationsleitbild 2002.

Die schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation der migrantischen Bevölkerung ist ein großes Problem. Der Anteil der Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache an den Sonderschulen ist mit 27 Prozent überproportional hoch während MigrantInnen in höheren Schulen noch die Ausnahme darstellen. Spricht ein Ehepartner kaum Deutsch, so wird Deutsch nicht zur „Familiensprache“. An den Arbeitsplätzen mit schlechter Qualifikation bleiben MigrantInnen oft unter sich. 2002 betrug der Anteil der Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache in 9 von 22 Kindergärten über 20 Prozent. Besonders Kinder aus türkischstämmigen Familien fielen oft durch geringe Deutschkenntnisse auf. In Zusammenarbeit mit den Kindergärten wurden bei der Anmeldung für das Jahr 2004/2005 jene Kinder erhoben, die über sehr schlechte Deutschkenntnisse verfügten. Sie wurden von der Stadt



Atalay Altinisk: „Meine beiden Kinder Acelay und Berkant haben mit Freude den ersten Kurs im Herbst besucht und freuen sich, dass er fortgesetzt wurde. Ich würde mir wünschen, dass andere Eltern dieses Kursangebot auch nutzen.“

eingeladen, im Herbst in Begleitung ihrer Eltern einen Sprachkurs zu besuchen. Von den 54 eingeladenen Familien haben 45 das Angebot angenommen. Für 2005 sind drei weitere Kurse geplant. Sie finden außerhalb der regulären Kindergartenzeit statt und dauern 12 Wochen. Die Kosten für die Eltern betragen 20 Euro. Mit den Kindern wird spielerisch Deutsch geübt, den Eltern werden Tipps gegeben, wie sie ihrem Kind Deutschkenntnisse vermitteln können. Es geht dabei um mehr als nur um das Vermitteln von Deutschkenntnissen. Eltern und Kinder sollen Bildung und Bildungseinrichtungen als Wert schätzen lernen. Deshalb wurden auch parallel dazu zweisprachige Kinderbücher in der Stadtbücherei aufgelegt, die sofort vergriffen waren. Der Kurs wurde im Dezember evaluiert.

Fotos: Sprickler-Falschlunger

„okay. zusammen leben“ ist eine Projektstelle für Zuwanderung und Integration in Vorarlberg. Es ist ein Wissens- und Kompetenzort zum Thema, schafft Rahmen für einen Wissens- und Erfahrungstransfer innerhalb des Landes und darüber hinaus und entwickelt mit anderen Akteuren im Land konkrete Integrationsprojekte. Okay zusammen leben berät Gemeinden in Integrationsangelegenheiten.

**okay. zusammen leben**  
Projektstelle für Zuwanderung und Integration  
Rhomberg's Fabrik/402  
Farbergasse 15  
A 6850 Dornbirn  
T ++43-5572/398102  
F ++43-5572/398102-4  
www.okayline.at

Das PRO-Team des Institut für Sozialdienste bietet sich für Gemeinden und Städte, die die Integration von MigrantInnen fördern und dafür aktiv werden wollen an. Es hilft bei einer Erhebung, der Erarbeitung eines Leitbildes und eines individuellen Konzeptes.

**Interpark Focus 1**  
6832 Röthis, Reinhard Sonderegger  
T 05523/52176  
e-mail: sonderegger.reinhard@ifs.at  
www.proteam.at

## Öffentlichkeitsarbeit

Durch Öffentlichkeitsarbeit über Integrations- und Migrationsfragen wird zur Versachlichung der Diskussion beigetragen. Ängste und Vorurteile können so abgebaut werden.

Als besonders geeignetes Medium für die nicht-migrantische Bevölkerung bietet sich das Dornbirner Gemeindeblatt an, wo Inserate mit Integrationsthemen geschaltet werden. Die Erreichbarkeit der migrantischen Bevölkerung ist schwieriger. Regionale Tageszeitungen werden nur von 33 Prozent gelesen, und in diesem Umfang dürfte auch das Gemeindeblatt als Informationsquelle genutzt werden. Die Zugänge zur migrantischen Bevölkerung erfolgen über die bereits vorhandenen Kontakte zu den TeilnehmerInnen verschiedenster Projekte und Kurse. Die regelmäßigen Moscheebesuche in den drei ansässigen Moscheen dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch. Ab 2005 wird eine große Plakataktion mit dem Titel „Chancensprache Deutsch“ gestartet, die in zweisprachigen Foldern Dornbirner MigrantInnen über die laufenden Bildungsangebote der Stadt informieren.



## Sonstige Bildungsmaßnahmen

**Rahmenbedingungen für Bildungsmaßnahmen**  
Bildungsmaßnahmen können nur greifen, wenn sie von den Zielpersonen angenommen werden. Als Orte dafür sind Schulen und Kindergärten, also Orte mit geringer Eintrittshemmung ideal. Das Interesse der Stadt an ihren Bildungsfortschritten wird den KursteilnehmerInnen über die Verleihung von Zertifikaten durch den Dornbirner Bürgermeister und die Stadträtin für Integration vermittelt.

**Sprach- und Orientierungskurs für MigrantInnen**  
Ziel ist ein niederschwelliger Sprachunterricht als Möglichkeit Deutsch ohne Druck zu lernen. Durch praktische Unterrichtseinheiten wird den Frauen der Alltag in Dornbirn erleichtert zum

Beispiel beim Einkauf, beim Arztbesuch, Ausfüllen von Formularen, Kontakt zum Amt durch einen Besuch im Rathaus. Nicht zertifiziert als Integrationskurs!  
Der Kurs geht über ein Schuljahr, Einteilung in AnfängerInnen und Fortgeschrittene. Für AnfängerInnen ist der Kurs kostenlos, Fortgeschrittene zahlen € 30,00 pro Semester.  
Zielgruppe sind neu Zugezogene und länger in Dornbirn lebende Frauen mit wenig bis keinen Deutschkenntnissen.

**Sprach und Lernförderung für Volksschulkinder**  
Projektpartner und durchführende Organisation ist das Institut für Interkulturelle Angelegenheiten (INKA), Dornbirn

Ziel ist die Verbesserung der allgemeinen Schulleistungen durch Beheben von Sprachdefiziten sowie bessere Chancengleichheit in der Schul- und Berufswahl.  
Zielgruppe sind VolksschülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund mit Sprachproblemen und Lernschwächen, welche Unterstützung brauchen und Kinder, die durch die Eltern nur ungenügend unterstützt werden können  
Der Kostenbeitrag für die Eltern beträgt € 144,00 pro Semester für 2 Stunden wöchentlich. Die Lernförderung findet in der unterrichtsfreien Zeit in den Schulen statt.

### Koordinations- und Kompetenzstelle für Integration

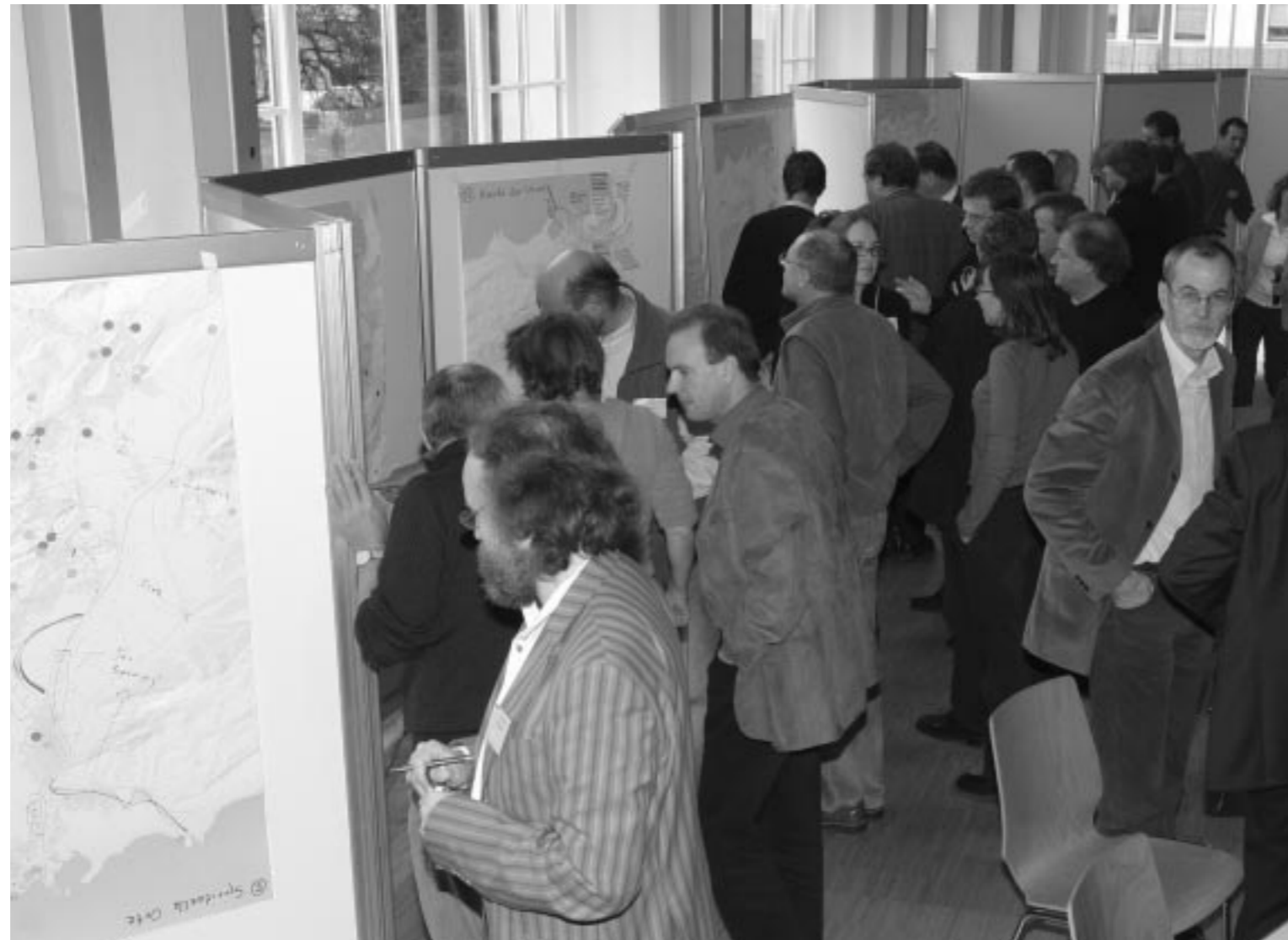
- Als eine der wichtigsten strategischen Maßnahmen aus dem Leitbild wurde eine Fachstelle für Integration geschaffen. Die Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der politischen Referentin. Die Fachstelle
- vernetzt, koordiniert und plant Angebote im Bereich integrationspezifischer Projekte und Angebote in Absprache mit Organisationen und Behörden.
- sorgt für eine qualitative Bewertung der Projekte und des Angebots.
- berät Behörden und private Organisationen (Privatpersonen) in Fragen der Integration.
- entwickelt zusammen mit Beratungsinstitutionen, interessierten Organisationen, Behörden und Projektdurchführenden spezielle Integrationsprogramme, die einem Bedarf entsprechen, der noch nicht befriedigt wird.
- gibt Empfehlungen ab, erstellt und holt Gutachten und kleinere Studien ein.
- unterhält nach Absprache eine Dokumentation.
- unterstützt die Personaldienste bei der Vermittlung der Thematik Migration und Integration im Rahmen der Weiterbildung des städtischen Personals.
- erschließt neue wissenschaftliche Erkenntnisse und leistet Öffentlichkeitsarbeit

## Neue Organisationsstrukturen

Mit dem Begriff VoGIS – Geografisches Informationssystem der Vorarlberger Landesverwaltung – werden alle Einrichtungen und Aktivitäten der Landesverwaltung rund um das Thema raumbezogene Informationen umschrieben. Durch eine organisatorische Umstrukturierung steht nun eine zentrale Ansprechstelle in der Vorarlberger Landesverwaltung zur Verfügung an die Sie sich bei Fragen in Sachen GIS und Vermessung wenden können

Organisatorisch betrachtet besteht das VoGIS in seinem Kern aus einem dezentralen Netzwerk von 7 Abteilungen und Dienststellen, die sich von ihren Aufgabenbereichen her schwerpunktmäßig mit raumbezogenen Fachdaten befassen sowie einer zentralen Komponente, die bisher als Fachbereich in der Abteilung VIIa – Raumplanung und Baurecht angesiedelt war. Neben der Abteilung VIIa hat das Landesvermessungsamt in seiner Rolle als Dienstleister in Sachen Vermessung und GIS in den letzten Jahren zunehmend zentrale Aufgaben des VoGIS, insbesondere im Bereich der Grunddatenbeschaffung und -pflege übernommen und damit wesentlich zur positiven Entwicklung des VoGIS beigetragen. Um eventuellen Mehrheitsigkeiten entgegenzuwirken, um eine Vereinheitlichung und Straffung herbeizuführen und um den sich abzeichnenden Entwicklungen in den Bereichen Vermessung und GIS unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an eine moderne Verwaltung zu entsprechen, hat sich eine Zusammenlegung der beiden Fachbereiche in einer Organisationseinheit als sinnvoll und notwendig erwiesen. Aus diesem Grund sind mit 1. Dezember 2004 die zentralen Angelegenheiten des VoGIS und mit ihnen der VoGIS-Koordinator DI Johannes Kanonier sowie der Leiter der VoGIS-Projektstelle DI Jürgen Oberressl in das Landesvermessungsamt übersiedelt. Im Zuge dessen wurde das Landesvermessungsamt, vormals nachgeordnete Dienststelle der Abt. VIIb – Straßenbau, neu der Abteilung VIIa nachgeordnet.

Die zentrale Ansprechstelle:  
Landesvermessungsamt Feldkirch  
Johannitersgasse 6, 6800 Feldkirch  
T 05522/75482, F 05522/75482-6  
E landesvermessungsamt@vorarlberg.at  
oder vogis@vorarlberg.at  
www.vorarlberg.at/lva



### Zweites Rheintalforum

# Ein Raum für alle

**Warum wurde das Rheintal von der Streusiedlung zu einem – beinahe – geschlossenen Siedlungsband? Wie wirkten sich Rheinregulierung, Bahn- und Autobahnbau auf die Entwicklung aus? Was prägt das Zusammenleben im Rheintal? Fragen über Fragen. Im zweiten Rheintalforum suchten 120 interessierte BürgerInnen nach Antworten.**

Das Interesse an der Zukunft des Rheintals ist groß. 120 Personen aus allen Teilen des Tales und aus fast allen Bevölkerungsgruppen (die Jugend blieb leider fern) beteiligten sich aktiv am zweiten Rheintalforum, das am ersten Adventwochenende im Vereinshaus Rankweil stattfand. In drei Arbeitsrunden entstanden an den Plantischen 16 „mentale Landkarten“. Landkarten, die Entwicklungen aufzeigen, aber auch ganz persönliche Erfahrungen. Die, wie Architekt Wolfgang Ritsch in seinem Impulsreferat aufzeigte „Identität erkennen lassen, wirtschaftliche Zusammenhänge und historische Entwicklungen aufzeigen und dazu beitragen, Mobilitätsbedürfnisse zu verstehen“.

„Ich erhoffe mir von diesem Projekt, dass wir gemeinsam einen Lebensraum gestalten können, der Lebensqualität für alle bietet.“  
Landesrat Manfred Rein.

„Das Rheintal ist zum Konsum gut geeignet“, Konrad Höfle, Moderator/Regio Bodensee, über das Fazit der Arbeitsgruppe „Karte des Konsums“.

Wie funktioniert ein Raum wie das Rheintal, der sich aus 29 verschiedenen Gemeinden zusammensetzt? Was hat diesen Raum geprägt, wie soll das Zusammenleben künftig gestaltet werden? Die Antworten waren so vielfältig wie die Zusammensetzung der von Planungs- und Projektpartnern moderierten Arbeitsgruppen. In wesentlichen Fragen wurde

„Alles ist vernetzt, es gibt sehr viele Zusammenhänge und das Interesse an Zusammenarbeit ist groß“, Fazit von Gabriele Greussing, Moderatorin/Projektbegleiterin aus Mader.

grundsätzlicher Konsens spür- und hörbar. So das große Bedürfnis nach Erhaltung der landschaftlichen Freiräume, die Bereitschaft über sinnvolle Formen der Mobilität nachzudenken, die Erkenntnis, dass gemeindeübergreifende Zusammenarbeit notwendiger denn je ist. Deutlich wurde auch die Übereinstimmung darüber, dass wesentliche Entscheidungen

„Stadt Land  
Fluss –  
Leben im  
Rheintal“

Vorarlberger Autorenverband,  
ISBN 3-902249-29-3

22 Vorarlberger Autorinnen und Autoren äußern sich in künstlerischer Freiheit zum Leben im Rheintal in V#14. „V“ ist die Vorarlberger Zeitschrift für Literatur und erscheint zweimal jährlich. V#14 ist die Herbst-Winternummer des Jahres 2004.

Bestellungen:  
Vorarlberger Autorenverband, Villa Claudia,  
Bahnhofstraße 6, 6800 Feldkirch  
T 05522/35465  
E autorenverband.vorarlberg@aon.at

„In den Arbeitsgruppen sind viele Problem-  
punkte aufgetaucht, die oft nichts mit  
konkreten Orten oder mit Raum zu tun  
haben, sondern viel mit Gewohnheiten und  
der Alltagskultur der Leute. Zum Beispiel:  
Wie lange muss man hier leben, um nicht  
mehr als Migrant zu gelten?“, fragte sich  
Robert Fabach, Architekt und Journalist, der  
seit sieben Jahren in Vorarlberg lebt.“

sind einige der Schlagworte, die kommunale Herausforderungen umschreiben. „Zusammenarbeit über Zweckverbände hinaus“, nennt Wirtschafts-Landesrat Manfred Rein eine der kommunalpolitischen Zukunftsaufgaben. Zur Bewältigung künftiger Herausforderungen bedarf es jedoch der Neuordnung des Finanzausgleichs, war man sich in den Arbeitsgruppen einig. Über die Frage des „Wie?“ schieden sich die Geister. Ebenso kontrovers wurde diskutiert, wie regionale Wirtschaftspolitik funktionieren sollte. Bürgermeister Werner Huber aus Götzis: „Bei aller Konzentration auf Wirtschaftsräume und -parks darf man eines nicht vergessen: Die innerörtliche Entwicklung, die Stärkung der Ortskerne leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik.“

Projektleiterin Sibylla Zech zeigte sich nach der halbtägigen Planungswerkstatt „sehr beeindruckt“ von der Arbeit des Tages. „Viel wird aufzuarbeiten sein“, umriss sie den nächsten Schritt im Planungsprozess. Die „mentalen Landkarten“ werden nun von Fachleuten gesichtet und aufbereitet, bis Juni des Jahres soll, so der Zeithorizont, ein generelles Leitbild-Konzept vorliegen. (jub)



### Aus dem Projekt-Logbuch:

2004-12-02  
D-A-CH+ Gemeinsame  
Raumentwicklung im Grenz-  
raum Deutschland-Österreich-  
Schweiz-Liechtenstein,  
Symposium in Bregenz

2004-11-27  
2. Rheintalforum:  
„Planungswerkstatt zu den  
mentalen Landkarten des  
Rheintals“ im Vereinshaus in  
Rankweil

2004-11-14  
Vortrag vision rheintal  
von Fritz Schindegger und  
Markus Berchtold bei den  
Architekturtagen in Wien  
über „Intelligent Regions“

2004-09-30  
Rheintalpark. Präsentation  
der Ergebnisse zum IMLA  
Projekt-Modul (international  
master of landscape architec-  
ture) der FH Rapperswil

2004-09-27  
1. Treffen der Fachteams zu  
vision rheintal

2004-09-24  
www.vision-rheintal.at online

2004-07-05  
1. Rheintalforum – Markt-  
platz der Kooperationen. AMBACH  
in Götzis

2004-06-01  
Konstituierende Sitzung des  
Lenkungs Ausschusses zum  
Projekt „Vision Rheintal“;  
Mitglieder: LR Manfred Rein,  
LAD Johannes Müller,  
Bgm. Gottfried Brandle,  
Bgm. Wilfried Berchtold,  
Bgm. Markus Linhart

2004-05-24  
Beauftragung Projektleitung  
und Einrichtung Projektbüro  
im ehemaligen Kapuziner-  
kloster Bregenz

2004-05-04  
Regierungsbeschluss Projekt  
„Vision Rheintal – Erstellung  
eines räumlichen Entwicklungs-  
leitbildes für das Rheintal“

Kontakt:  
Büro und Projektleitung  
Sibylla Zech  
Kapuzinergasse 1  
A 6900 Bregenz  
T 0043(0)5574/53442  
office@vision-reintal.at,  
www.vision-rheintal.at

Die Berichterstattung  
zur vision rheintal wird  
fortgesetzt. Die nächsten  
Themen: Erste Ergebnisse  
der Bestandsanalyse

## Verwaltungsakademie März bis Mai 2005

Dienstag, 1. März 2005 von 9.00 bis 17.30 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Infotag für neue MitarbeiterInnen und Mitarbeiter in Gemeinden**  
**Referenten:** Dr. Othmar Müller (Vorarlberger Gemeindeverband, Dornbirn), Dr. Albert Wittwer (Amt der Stadt Bludenz), Martin Duelli (Amt der Stadt Feldkirch), Dr. Hanno Ledermüller (Amt der Stadt Dornbirn)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen, die seit Beginn 2004 in den Gemeindedienst eingetreten sind.  
**Beitrag:** € 80,00

Mittwoch, 2. März 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Lebensmitte – Zwischenstopp**  
**Referentin:** Dipl.-Psych Julia Onken (Amriswil, CH)

**Zielgruppe:** Frauen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 138,00

Montag, 7. März 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Grundlagen des Projektmanagements**  
**Referent:** Mag. Wolfgang Kaufmann (Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landesdienst  
**Beitrag:** € 85,00

**Menschen führen**  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
 Dienstag, 8. März 2005 von 14.00 bis 17.00 Uhr und  
 Mittwoch, 9. März 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Arbeit an der eigenen Führungspersönlichkeit – Ich und mein Führungssystem**  
 Dienstag, 12. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Arbeit an den Führungsbeziehungen Ich und meine MitarbeiterInnen, Teil I**  
 Dienstag, 14. Juni 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Arbeit an den Führungsbeziehungen Ich und meine MitarbeiterInnen, Teil II**  
 Dienstag, 20. September 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Arbeit an den Führungsbeziehungen Ich und mein Team**  
**Referent:** Dipl.-Päd. Pierre Joseph (Management Center Vorarlberg, Dornbirn)

**Zielgruppe:** AbteilungsleiterInnen im Landes- und Gemeindedienst, FachbereichsleiterInnen im Landesdienst, GemeinsekretärInnen  
**Beitrag:** € 750,00

Dienstag, 8. März 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Bauhof: Sicherheit am Spielplatz**  
**Referent:** Günter Weiskopf (Büro für Spielräume, Dornbirn)  
**Zielgruppe:** Bauhofleiter, MitarbeiterInnen in Bauämtern und Bauhofen  
**Beitrag:** € 90,00

Donnerstag, 10. März 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Grüß Gott Frau Mayer ...**  
**Referentin:** Gabriele Renz (Friedrichshafen, D)  
**Zielgruppe:** SekretariatsmitarbeiterInnen im Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 145,00

Dienstag, 15. März und  
 Dienstag, 5. April 2005, jeweils von 14.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen Lochau  
**Workshop Bauverfahren**  
**Referent:** Dr. Franz Hämmerle (Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 60,00

Dienstag und Mittwoch, 15. und 16. März 2005, jeweils von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Bühne frei – Ihr Auftritt, bitte!**  
**ReferentIn:** Mag. art. Johannes Pump und Mag.ª phil. Barbara M. Simoner (MªoªS – Management on Stage, Graz)  
**Zielgruppe:** PolitikerInnen und leitende MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 470,00

Mittwoch, 16. März 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Effiziente Büroorganisation**  
**Referentin:** Silvia Spiess (Dornbirn)  
**Zielgruppe:** SekretariatsmitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 132,00

Freitag, 1. April 2005 von 19.30 bis 21.00 Uhr  
**Ort:** Kuppelsaal der Vorarlberger Landesbibliothek, Bregenz  
**Zukunft Europas**  
 Vortrag im Rahmen des Programmschwerpunkts Politische Bildung  
**Vortragender:** Dr. Erhard Busek (Wien)  
**Beitrag:** Eintritt ist frei

Mittwoch, 6. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Besprechungen steuern und moderieren**  
**Referent:** Mag. Siegbert Friedrich-Nagel (Trigon-Entwicklungsberatung, Höchst)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 157,00

Montag, 11. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Mitarbeiterführung am Bauhof und in der Straßenverwaltung**  
**Referent:** Dr. Albrecht Feurstein (Dornbirn)  
**Zielgruppe:** Leitende MitarbeiterInnen in Bauhofen und in Straßenmeistereien  
**Beitrag:** € 168,00

Mittwoch, 13. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Workshop Vergaberecht**  
**Referent:** Mag. Franz Pachner (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 88,00

Donnerstag, 14. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Kommunales Abgaberecht**  
**Referent:** Univ.-Prof. Dr. Otto Taucher (Institut für Finanzrecht der Universität Graz)  
**Zielgruppe:** BürgermeisterInnen, GemeinsekretärInnen, MitarbeiterInnen in Finanzabteilungen, der Kontrollabteilungen und des Landesabgabenamtes, Mandatäre  
**Beitrag:** € 160,00

Mittwoch, 20. April 2005 von 14.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** ATIB Moschee, Quellengasse 4, Dornbirn  
**Interkulturelle Begegnung**  
**Referent:** Attila Dincer (Institut für interkulturelle Angelegenheiten, INKA, Dornbirn)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 65,00

Mittwoch, 20. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Wege zum Supergedächtnis**  
**Referent:** Dr. Claus Brustle (Feldkirch)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 175,00

Montag, 25. April 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Neue Rechtsprechung des EuGH und EuG**  
**Referent:** Ass.-Prof. Dr. Walter Obwexer (Institut für Völkerrecht, Europarecht und Internationale Beziehungen der Universität Innsbruck)  
**Zielgruppe:** JuristInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 138,00

Dienstag und Mittwoch, 26. und 27. April 2005, jeweils von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Kommunikation und Selbstmanagement**  
**Referentin:** Silvia Spiess (Dornbirn)  
**Zielgruppe:** SekretariatsmitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 227,00

Mittwoch, 27. April 2005 von 14.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Straßenpolizeiliche Bescheide und Verordnungen**  
**Referenten:** Mag. Johannes Schneeberger (Amt der Stadt Feldkirch), Norbert Jenny (Stadtpolizei Feldkirch)  
**Zielgruppe:** GemeinsekretärInnen und MitarbeiterInnen aus dem Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 65,00

Donnerstag, 28. April 2005 von 9.00 bis 16.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Kommunalsteuer Spezial**  
**Referenten:** SR Dr. Peter Mühlberger (Magistrat Linz), MR i.R. Dr. Siegfried Ott (ehem Bundesministerium für Finanzen, Wien)  
**Zielgruppe:** JuristInnen, AbteilungsleiterInnen, Bedienstete aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 150,00

Montag und Dienstag, 2. und 3. Mai 2005, jeweils von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Konfliktmanagement**  
**Referent:** Dipl.-Sozialpäd. Peter Brandl (Wangen, D)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 377,00

Mittwoch, 4. Mai 2005 von 9.00 bis 17.00 Uhr  
**Ort:** Schloss Hofen, Lochau  
**Erstellen von Sachverständigengutachten**  
**Referent:** Univ.-Doz. Dipl.-Ing Dr. Wolfgang Wachter (Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz)  
**Zielgruppe:** MitarbeiterInnen aus dem Landes- und Gemeindedienst  
**Beitrag:** € 95,00

**Anmeldung:**  
**Schloss Hofen Verwaltungsakademie Vorarlberg**  
**T 05574/4930 DW 131 oder 144, F 05574/4930-22**  
**info@schlosshofen.at**  
**Das komplette Veranstaltungsprogramm der Verwaltungsakademie unter: www.schlosshofen.at**

## Termine zum Thema Integration:

Montag, 20. Juni 2005 von 14.00 bis 18.00 Uhr  
**MigrantInnen als KundInnen öffentlicher und privater Dienste und Organisationen**  
 Die Teilnehmenden setzen sich mit den Fragen der geringen (oder auch zu hohen) Inanspruchnahme bzw. mit den Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Diensten durch MigrantInnen auseinander und überlegen Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten für die eigene Organisation.

Oktober 2005 bis März 2006  
**Lehrgang: Interkulturelle Kompetenz**  
**Dauer:** 3 x 2 Tage und 4 Abende

Weiterbildung für Personen, die beruflich mit Menschen aus anderen Kulturen zu tun haben – aus Verwaltung in Gemeinde, Bezirk und Land, Krankenhaus, Sozialbereich, Jugendarbeit, Personalverwaltung in Betrieben, Elternvereine ...  
**Ziele:**

- Kompetenzentwicklung für interkulturelles Arbeiten – Dialogfähigkeit und Konfliktlösungskompetenz
- Theoretische Auseinandersetzung mit Migrationsgesellschaft und deren Konsequenzen, Rassismus und Antidiskriminierung, Integrationsverständnis und Integrationsmodelle in Theorie und Praxis
- Vernetzung von AkteurInnen

Der Lehrgang findet in Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Zentrum, Wien und der Projektstelle für Zuwanderung und Integration, okay zusammen leben statt.  
**Ort, Infos und Anmeldung:** Bildungshaus Batschuns, T 05522/44290, E bildungshaus@bhba.at

**IMPRESSUM: Herausgeber und Medieneinhaber:** Amt der Vorarlberger Landesregierung, 6900 Bregenz, <http://www.vorarlberg.at/>  
**gemeindeentwicklung** **Aufgabe:** 6.500 **Für den Inhalt verantwortlich:** Dr. Franz Hämmerle, Abteilung Raumplanung und Baurecht, 6900 Bregenz. **Vorum** informiert über Angelegenheiten der Gemeindeentwicklung in Vorarlberg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen **Projektleitung:** Brigitte Bitschnau-Canal **Redaktionsleitung:** TextArt, Andrea Feldner, VorKostlergasse 61, 6900 Bregenz, eMail: [felder@aan.at](mailto:felder@aan.at), [www.textart.at](http://www.textart.at) **Redaktionsleiter:** Brigitte Bitschnau-Canal eMail: [brigitte.bitschnau-canal@vorarlberg.at](mailto:brigitte.bitschnau-canal@vorarlberg.at), Andrea Feldner, Dr. Franz Hämmerle, Christoph Turtcher, eMail: [christoph.turtcher@vorarlberg.at](mailto:christoph.turtcher@vorarlberg.at) **Cover:** Stadt Dornbirn/Nikolaus Waller **Gestaltung:** Bertolini LDT, Bregenz **Druck:** Teutsch, Bregenz **Vorum ist auf chlorfrei gebleichtem Recycling-Papier gedruckt** **DVR-Nr.** 0568751 Der Herausgeber konnte trotz intensiver Recherchen nicht alle InhaberInnen von Urheberrechten ausfindig machen, ist aber bei entsprechender Benachrichtigung gerne bereit, Rechtsansprüche im üblichen Rahmen abzugelten.